

**Projekt der Einführung eines Einheitstarifs auf den städtischen Straßenbahnen.**

20 Heller mit unbeschränktem Umsteigerecht.

Wien, 27. Dezember.

Wie wir erfahren, wird die Obmännerkonferenz des Gemeinderates in ihrer nächsten Sitzung Gelegenheit bekommen, sich mit der Frage der Bedeckung der erhöhten Kriegszulagen für die städtischen Beamten, Bediensteten, Lehrer und Pensionisten zu beschäftigen. Bekanntlich erheischen die erhöhten Kriegszulagen einen jährlichen Aufwand von 10 bis 12 Millionen Kronen. In Gemeinderatskreisen sind verschiedene Pläne wegen Beschaffung dieser Summe aufgetaucht. Eine Lustbarkeitssteuer ist im Frühjahr wohl im Prinzip beschlossen, jedoch bisher nicht eingeführt worden. Die Direktoren der Theater und der Varietés haben mit der Gemeinde ein Uebereinkommen geschlossen und sich bereit erklärt, bis zur gesetzlichen Normierung der Lustbarkeitssteuer jährlich einen bestimmten Betrag abzustatten. Bei einer gesetzlichen Fixierung der Lustbarkeitssteuer in dem von der Gemeinde gewünschten Ausmaße würden für die Gemeinde nur etwas mehr als eine Million Kronen Mehreinnahmen erwachsen. Einer Erhöhung des Preises für Gas und elektrischen Strom steht man dormalen im Rathause nicht sympathisch gegenüber. Eine Erhöhung der Umlagen soll unter allen Umständen vermieden werden, wie es ja seit jeher ein Prinzip der herrschenden Rathhauspartei gewesen ist, jede andere Form der Belastung der Umlagenerhöhung vorzuziehen. Für die Erschließung neuer Einnahmenquellen bietet sich jetzt keine Möglichkeit.

Wie uns aus Gemeinderatskreisen mitgeteilt wird, dürfte aus diesen Erwägungen heraus der Plan der Einführung eines Einheitstarifes bei den städtischen Straßenbahnen zur Diskussion kommen. Schon anlässlich der letzten „Regulierung“ der Tramwaypreise im Frühjänner des heurigen Jahres

erhoben sich im Rathause zahlreiche Stimmen zugunsten eines solchen Einheitstarifes, der die Einhebung verschiedener Fahrpreise zu verschiedenen Tagesstunden an verschiedenen Tagen und auf verschiedenen Strecken beseitigen würde. Der Einheitstarif schafft auch gewisse Erleichterungen für die Schaffnerinnen, die mit einheitlichen Karten rascher manipulieren können, was bei den gegenwärtigen Zuständen auf den städtischen Straßenbahnen, die zumeist überfüllt fahren, nicht ohne Wichtigkeit wäre. Man hat sich jedoch vor einigen Monaten zu dem Einheitstarife nicht entschließen können und gab einer Regulierung der Fahrpreise den Vorzug, welche den 14-Heller-Tarif auf 16 und die 20-Heller-Karte auf 22 Heller erhöhte; außerdem sind gegenwärtig in Geltung die Karten für den Frühverkehr und die Karten zu 30 Heller. Endlich sind Streckenkarten in Verkehr gesetzt.

Würde die Gemeinde sich im gegenwärtigen Augenblicke zur Einführung des Einheitstarifes entschließen, so würden die Karten zu 16 und 22 Heller verschwinden und einer einheitlichen Karte zum Preise von 20 Heller Platz machen. Also eine Verticuerung bei der erstgenannten Kategorie um vier Heller und eine Verwohlfeilung bei der zweiterwähnten Kategorie um 2 Heller.

Dem Vernehmen nach würde trotz des Einheitstarifes die Karte im Frühverkehre zum Preise von 12 Heller weiterbestehen. Wahrscheinlich würden auch die Streckenkarten beibehalten werden. Dagegen sollen auch im Sonntagverkehr bloß 20 Heller zur Einhebung gelangen.

In Berlin und in anderen deutschen Städten kostet eine Fahrt auf der Elektrischen 10 Pfennig; wer zwei Strecken zurücklegt, muß 20 Pfennig bezahlen. Auch besteht in Deutschland der Vorteil des Umsteigeverkehres nicht. In Amerika wird für jede Fahrt auf der Elektrischen ein Preis von 25 Heller nach unserem Gelde verlangt.

Wie wir hören, sind Berechnungen angestellt worden, in der Richtung: wie viele Karten zu 16 Heller und wie viele zu 22 Heller verausgabt werden. Von dem Ergebnis dieser Erhebungen wird es abhängen, ob das besprochene Projekt des Einheitstarifs Aussicht auf Verwirklichung hat.

Es ist möglich, daß der Einheitstarif auch diesmal verlagert wird, wenn sich im Rathause die Ueberzeugung durchringt, daß die Bedeckung der erhöhten Kriegszulagen durch eine vorläufige Bestreitung aus den Kasseeinständen möglich ist. Ein solcher Ausweg würde die Aufgabe der Obmännerkonferenz erleichtern, ohne neue Regulierung der Tramwaypreise das Auslangen zu finden.